

# Lehrer warnen vor Niveau-Verlust

## Nach Eisenmanns Ankündigung kommt es für Philologen darauf an: Hat Abitur künftig Bayerns oder Bremens Qualität?

Von unserem Redaktionsmitglied  
Elvira Weisenburger

**Karlsruhe.** Überrascht bis alarmiert, zustimmend bis skeptisch – so reagieren die Lehrerverbände auf die Ankündigung, die Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) im Interview mit den Badischen Neuesten Nachrichten machte: Bereits an diesem Donnerstag wollen sich die Bundesländer auf einheitliche Abschlussprüfungen für alle Schulen einigen. „Wir werden die Grundlage verabschieden, wonach wir bis in fünf Jahren das gleiche Abitur, die gleiche Mittlere Reife, den gleichen Hauptschulabschluss in ganz Deutschland schreiben

„

Das bedeutet eine Angleichung nach unten.

**Karin Broszat**  
Realschullehrerverband

werden“, sagte die baden-württembergische Ressortchefin. Bei Ralf Scholl, dem Landesvorsitzenden des Philologenverbandes (PhV), schrillen da die Alarmglocken, obwohl er durchaus für eine bessere Vergleichbarkeit des Abiturs eintritt. „Die Frage ist: Wird das Abitur das Niveau von Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen haben – oder wird es das Niveau von Berlin und Bremen haben?“, sagt der Mathematiker. Letzteres wäre für Scholls Gymnasiallehrer-Gewerkschaft inakzeptabel.

Die beiden Stadtstaaten gelten als Schlusslichter unter den 16 Bundesländern, während das bayerische und das sächsische Abitur als besonders anspruchsvoll gelten. Der Südwesten liegt – je nach Schulfach – nur noch auf den Plätzen 3 und 4 oder im Mittelfeld.

Karin Broszat ist sich mit Blick auf den Ländervertrag sicher: „Das bedeutet eine Angleichung nach unten.“ Die Vorsitzende des Realschullehrerverbandes



**Wie schwer oder leicht haben es die Prüflinge ab 2025?** Die Frage beschäftigt Pädagogen, nachdem Susanne Eisenmann bekannt machte, dass die Kultusministerkonferenz sich am Donnerstag auf einheitliche Bildungsstandards einigen will. Foto: Felix Kästle/dpa

(RLV) Baden-Württemberg zeigt sich „sehr überrascht“ von Eisenmann. „Sie spricht ja immer über die Qualität der Abschlüsse – aber ein Kompromiss korrigiert nie nach oben“, sagt Broszat. Den Wettbewerb zwischen den Ländern halte sie für existenziell wichtig: „Es ist gerade der Vergleich, der die Aufmerksamkeit auf Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik einiger Bundesländer lenkt.“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hingegen begrüßt eine Harmonisierung der Schulabschlüsse sehr. „Wir gehen keinesfalls davon aus, dass diese Einigung einer Regulierung des Niveaus nach unten entspricht“, erklärt Barbara Becker, Sprecherin der baden-württembergischen Fachgruppe Gymnasien. Sie warnt vor Überheblichkeit. „Um die Systeme zu vergleichen,

muss man sehr ins Detail gehen“, sagt die Biologie- und Geschichtslehrerin aus Bühl. Sie kenne die Abitur-Aufgaben von Nordrhein-Westfalen. „Da waren einige schwierigere Inhalte drin als bei uns“, sagt sie. Und die Photosynthese zum Beispiel sei in Baden-Württemberg lange nur auf Zehntklässler-Niveau unterrichtet worden, erst seit kurzem sei es prüfungsrelevantes Abi-Thema. „In Nord-

rhein-Westfalen ist das seit langem Standard“, sagt Becker.

Beim Abitur sollen künftig allerdings nicht alle Prüflinge von Flensburg bis Rosenheim die völlig identischen Klausuren schreiben. „Die Länder wollen sich mit der Vereinbarung verpflichten, dass künftig mindestens die Hälfte der Abituraufgaben in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch verpflichtend aus dem Pool entnommen werden muss und diese Aufgaben auch nicht mehr von den Ländern bearbeitet werden dürfen, wie es bislang der Fall war“, so viel verrät Eisenmanns Haus schon. Bisher liefern zwar auch alle Bundesländer Aufgaben für den bundeswei-

„

Um die Systeme zu vergleichen, muss man sehr ins Detail gehen.

**Barbara Becker**  
Fachgruppe Gymnasien

ten gemeinsamen Pool – aber es ist ihnen freigestellt, wie sie sich daraus bedienen. Wenn künftig die Hälfte der Klausuren aus dieser Quelle kommen und Änderungen tabu sind, „dann fährt der Zug in die richtige Richtung“, meint PhV-Landeschef Scholl. Spannend sei natürlich, ob die Länder dann die andere Hälfte der Aufgaben verschärfen oder abmildern.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) begrüßt grundsätzlich einheitliche Bildungsstandards in Deutschland. „Wo Hauptschulabschluss draufsteht, da muss auch Hauptschulabschluss drin sein und ganz genau so ist es auch mit dem Realschulabschluss und dem Abitur“, erklärt Landesvorsitzender Gerhard Brand. Nur so sei Chancengerechtigkeit garantiert. Allerdings sei er skeptisch, dass es beim neuen Anlauf klappt. Seine klare Forderung: „Um Bildung in Baden-Württemberg hoch zu halten, muss die Messlatte auf Höhe der Spitzenreiter in Deutschland liegen.“

# Pädagogen klagen über schleppenden Digital-Ausbau

## Gewerkschaften vermissen Ergebnisse nach dem Schulgipfel im Kanzleramt / GEW: 90 Prozent der Lehrer nutzen private Computer

Von unserem Mitarbeiter  
Jörg Ratzsch

**Berlin/Karlsruhe.** Zwei Monate nach dem ersten Spitzengespräch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zur schnelleren Digitalisierung der Schulen in Corona-Zeiten sehen Bildungsgewerkschaften bisher kaum Fortschritte.

„Den Ankündigungen des Schulgipfels sind noch viel zu wenig Taten gefolgt. Die Mühlen mahlen langsam und so werden die Erwartungen, dass alles von heute auf morgen umgesetzt wird, enttäuscht“, sagte die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marlis Tepe. Der Verband Bildung und Erziehung rechnet damit, dass noch Mo-

nate vergehen, bis sich sichtbar etwas an den Schulen getan hat. „Ich gehe davon aus, dass es noch bis Ende dieses Schuljahrs dauert, um in Sachen Digitalisierung eine halbwegs akzeptable Situation an den Schulen herzustellen“, sagte der VBE-Vorsitzende Udo Beckmann.

### Lehrerlaptops

Im August und September hatten Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), SPD-Chefin Saskia Esken, Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) und Vertreter mehrerer Bundesländer vereinbart, dass Lehrer mit Dienstlaptops ausgestattet, alle Schulen „schnellstmöglich“ an das schnelle Internet angeschlossen werden und Schü-

ler eine Internetflatrate für maximal 10 Euro bekommen sollen. Auch digitale Kompetenzzentren für die Lehrerweiterbildung sind geplant. 500 Millionen Euro hat der Bund dafür angekündigt. Möglichst noch in diesem Jahr sollen hunderttausende Lehrer ausgestattet werden, hatte es geheißt. Die Bildungsgewerkschaften haben bei ihren Landesverbänden nachgefragt. Ergebnis: „Bis heute müssen an die 90 Prozent der Lehrkräfte ihre Privatgeräte nutzen“, sagte GEW-Chefin Marlis Tepe.

### Schüler-Flatrate

In manchen Familien gibt es keinen Computer zur Bearbeitung von Schulaufgaben und auch keinen Internetzu-

gang für die Kinder. Deshalb wurde im Zuge der Corona-Krise ein 500-Millionen-Euro-Programm für Leihlaptops für bedürftige Schüler aufgelegt. In Baden-Württemberg sind die Geräte teilweise bereits an den Schulen verteilt worden. Über eine Schüler-Flatrate hatte es Gespräche mit mehreren Anbietern gegeben. Am Montag kündigte Vodafone nun eine monatlich kündbare Flatrate ab November an: „Zehn Euro netto pro Monat für die feste Ende-zu-Ende-Verbindung zum Schulserver“.

### Internet und Weiterbildung

Auch hier beklagen die Bildungsgewerkschaften, dass es zu langsam vorwärts geht. „Die Fort- und Weiterbil-

ungslandschaft mit Angeboten für die Lehrkräfte, die sie für das Lehren in der digitalen Welt fit machen sollen, gleicht weiterhin einer Wüste, in der man die Oasen suchen muss“, sagte Tepe.

Auch beim schnellen Internet hapere es. „Was in Städten schon mal klappt, bleibt auf dem Land genauso oft ein Wunschtraum.“ Die baden-württembergische Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) hatte diese Woche im Gespräch mit den Badischen Neuesten Nachrichten eingeräumt, „dass wir da noch schneller arbeiten müssen“. Zugleich betonte sie, dass ein längerer zeitlicher Vorlauf allein deshalb nötig sei, weil der Breitband-Ausbau in vielen Gemeinden noch nicht so weit fortgeschritten sei.